

## Vom Hunger der Welt

Wie Klimawandel, Armut und die globale Finanzkrise zusammenhängen.

Liebe Leserinnen und Leser, Wohlstandsbauch. Kummerspeck. Kaum etwas ist so sehr Ausdruck unserer kulturellen Sozialisation wie Essen, Nahrung, Lebensmittel. Man ist eben, was man isst. Doch was hat der Biosprit in unserem Tank beispielsweise mit der Hungersnot am Horn von Afrika zu tun?

**Was hat der Biosprit in unserem Tank mit der Hungersnot am Horn von Afrika zu tun?**

Wo liegt der Zusammenhang zwischen europäischer Finanzmarktpolitik und weltweit steigenden Preisen für Getreide? Die Abgeordneten der LINKEN im Europäischen Parlament liefern

Antworten auf diese Fragen in der vorliegenden Ausgabe von europaROT. Einleitend wird Sabine Wils die aktuelle Klimadebatte an das Konzept der Ernährungssouveränität rückkoppeln. Das Konzept wurde ursprünglich von der internationalen Kleinbauernorganisation »Via Campesina« entwickelt: Während sich der klassische Begriff der Ernährungssicherheit auf die Menge an Nahrungsmitteln bezieht, die den Menschen einer Region zur Verfügung steht, hinterfragt Ernährungssouveränität, wie solche Nahrungsmittel weltweit produziert und verteilt werden.

Der Begriff richtet sich gegen einseitige Formen des Wirtschaftens und Handelns, die kleinbäuerliche Existenzen weltweit zerstören und somit eine Bedrohung der Ernährungsgrundlage für Millionen von Menschen darstellen.

Dass die Sicherstellung der ausreichenden Versorgung mit Nahrung nicht nur Symbolpolitik ist, sondern ein grundlegendes Recht für jeden Menschen darstellt, erörtert Gabriele Zimmer.

Helmut Scholz beschreibt, wie die fehlende Kohärenz der europäischen Handelspolitik zahlreiche Bauern zum Beispiel in Westafrika in den Ruin treibt.

Das bis dahin diskutierte Konzept der Ernährungssouveränität wird daraufhin von Sabine Lösing durch den neokolonialen Begriff der Landnahme, die Aneignung von Flächen durch externe Akteure, erweitert.

Dass Ernährungssouveränität auch durch hochspekulative Finanzinstrumente bedroht wird und die Europäische Union anhand fauler Kompromisse das Primat der Politik infrage stellt, untersucht Thomas Händel.

»Die EU kann Nahrungsmittelspekulation unterbinden«, meint Jürgen Klute und empfiehlt in seinem Artikel ein Set von Handlungsmöglichkeiten.

Um Themen wie Ernährungssicherheit auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene zu besetzen, bedarf es einer standhaften linken Partei mit kohärenten Inhalten. In seinem Artikel erklärt Lothar Bisky, wie das Parteiprogramm der LINKEN hier einen starken Beitrag liefert.

Abschließend widmet sich Cornelia Ernst einem weiteren Aspekt der Ernährungssouveränität: Jeder siebte Angehörige der Roma leidet Hunger mitten unter uns in Europa!

DIE LINKE im Europäischen Parlament bedankt sich für Ihr Interesse an der neuen europaROT und freut sich über Ihre Rückmeldung!



Jeff Arnes/IRIN

**Klimakatastrophen:  
Viele Länder können  
sich teure Schutz-  
maßnahmen nicht  
leisten.**

# Klimawandel und Welthunger

**Ohne Klimagerechtigkeit  
keine Ernährungssouveränität!**

**SABINE WILS  
UND FABIAN HÜBNER**

Immer öfter verursachen globale Wetterkatastrophen als Folgen des Klimawandels verheerende Schäden. Am stärksten betroffen sind meist die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer.

Schleichende Entwicklungen wie Hitzewellen oder Dürreperioden sind oftmals noch gefährlicher als vereinzelte Katastrophen, weil sie auf lange Sicht die Ernährungssouveränität in den betroffenen Ländern gefährden oder verhindern.

Sieht man sich die durch den Klimawandel hervorgerufenen Naturkatastrophen an, so wird schnell deutlich: Klimawandel ist weit mehr als nur ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unserem Planeten. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Klimawandel und den Problemen in sogenannten Entwicklungsländern.

Die Zustandsberichte des Weltklimarats zeigen, dass die Folgen der Klimaänderung sogenannte Entwicklungsländer sowie generell arme Bevölkerungsschichten unverhältnismäßig stark treffen werden. Ihre Chancen auf einen gerechten

Zugang zu Nahrung, sauberem Trinkwasser und anderen Ressourcen werden weiter sinken, ihr Gesundheitszustand sich verschlechtern. Der Lebensunterhalt armer Bevölkerungsschichten beruht überdurchschnittlich stark auf Tätigkeiten, die dem Klima besonders ausgesetzt sind, wie beispielsweise Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft wird sich weltweit den Folgen des Klimawandels stellen müssen. Fachleute gehen davon aus, dass bereits ein Tempe-

**Die Landwirtschaft  
wird sich weltweit  
den Folgen des  
Klimawandels  
stellen müssen.**

raturanstieg um etwas über 2°C zu insgesamt geringeren Ernten bei den wichtigsten Anbaukulturen führt. Die Zunahme von Wasserknappheit, Dürreperioden sowie die Ausbreitung der Wüsten und der Bodenerosion werden die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen verringern und somit

die Möglichkeit dieser Länder zur Ernährungssouveränität weiter einschränken.

Die Industriestaaten sind aufgrund ihrer durch fossile Energien getriebenen wirtschaftlichen Entwicklung die Hauptverursacher des Klimawandels, Entwicklungs- und Schwellenländer müssen unter den Folgen leiden. Sie trifft es doppelt: Nicht nur, dass sie am meisten unter der Umweltzerstörung der Industriestaaten zu leiden haben, sie sind dieser auch noch weitestgehend schutzlos ausgeliefert. Viele Länder können sich teure Schutzmaßnahmen nicht leisten. Diese Verantwortung für den von Menschen verursachten Klimawandel verkörpern die Klimaschulden der Industrieländer. Klimaschutz in den Industrieländern und Armutbekämpfung in Schwellen- und Entwicklungsländern bedingen einander gegenseitig.

Die Verursacher der Klimakrise setzen oftmals auf falsche Lösungen wie auf Agrotreibstoffe (»Bio«sprit). Diese werden das Klimaproblem des Verkehrs nicht lösen, solange in den Industriestaaten keine grundlegende Wende in der Verkehrspolitik eingeleitet wird – weg vom energieaufwendigen Auto- und Schwerlastverkehr hin zu einem nutzerfreundlichen öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Ganz im Gegenteil, hierzu werden Agrotreibstoffe die globale Klimakrise noch verschär-

fen, da ihre Klimabilanz je nach Erzeugungsart fragwürdig ist. Für den agrarindustriellen Plantagenanbau, etwa in Malaysia und Indonesien (Palmöl) oder Brasilien (Ethanol aus Zuckerrohr oder Sojaöl), wird Regenwald abgeholzt. Dieser Prozess schadet der biologischen Vielfalt der dort ansässigen indigenen Bevölkerung sowie vertriebenen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Die Nutzung von Agrarflächen für Energiepflanzenanbau treibt zusätzlich weltweit die Nahrungsmittelpreise hoch.

Ich unterstütze die Forderung nach Klimagerechtigkeit. Hierfür müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre Treibhausgasemissionen durch eine radikale Umstellung ihrer fossilen Wirtschaftsweise auf ein von erneuerbaren Energien getragenes Wirtschaftsmodell reduzieren. Die Klimafinanzierung der Industrieländer muss hauptsächlich für Klimaanpassung in Entwicklungsländern statt für Treibhausgaseminderungen in Industrieländern verwendet werden. Sie sollte aus öffentlichen Geldern zusätzlich zu bereits zugesagten Entwicklungsgeldern stammen. Wichtig ist auch der Technologietransfer, dass also Industrieländer ärmeren Ländern Wissen und Technik zur Verfügung stellen, ohne diese an Patente zu knüpfen. Dies würde Entwicklungs- und Schwellenländern einen emissionsarmen Entwicklungspfad ermöglichen.

**Impressum:** Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament · Rue Wiertz 43, ASP 6F 353, B-1047 Brüssel, Belgien · [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu) · V.i.S.d.P. Gabi Zimmer, Thomas Händel  
Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin · Titelbild: Siegfried Modola/IRIN  
Auflage: 72.000

# Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht

Einer Milliarde Hungernder wird täglich ihr Menschenrecht auf Nahrung verweigert.

VON GABI ZIMMER  
UND ANDRÉ SEUBERT

Seit einigen Monaten wütet eine der schlimmsten Hungerkatastrophen am Horn von Afrika. Über 13 Millionen Menschen sind direkt davon betroffen. Schätzungsweise 650 000 Kinder sind akut unterernährt, bei 200 000 ist dieser Zustand lebensbedrohlich, über 30 000 sind schon gestorben. 900 000 Menschen sind auf der Flucht aus Somalia, dem am stärksten betroffenen Land.

Die Hungerkatastrophe am Horn von Afrika ist nur die Spitze des Eisbergs.

Die Hungerkatastrophe ist nur die Spitze des Eisbergs. Täglich hungern eine Milliarde Menschen rund um den Globus. Ein entschlossenes Vorgehen der reichen Länder gegen diesen unsäglichen Zustand beschränkt sich auf warme Worte und Symbolpolitik. Die Ursachen sind meist schnell ausgemacht: Im Falle Somalias ist es der 20 Jahre andauernde Bürgerkrieg, die islamistische Miliz, fehlende staatliche Strukturen und natürlich die schlimmste Dürre seit 60 Jahren.

Dass auch die Regierungen der Industriestaaten einen massiven Beitrag zum Entstehen der weltweiten Hungerkatastrophe leisten, wird verschwiegen. Als 2008 die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel in ungeahnte Höhen schossen, wurden von der EU schnelle Hilfsleistungen beschlossen. Die strukturellen Ursachen des Hungerproblems wurden jedoch nicht beseitigt. Anfang des Jahres erreichten die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel erneut Rekordhöhen. Ein Sechstel der Weltbevölkerung kann sich ihr tägliches Brot nicht mehr leisten.

Die strukturellen Ursachen sind vielfältig. Unter Experten gilt die exzessive Spekulation auf Agrarrohstoffe als einer der Hauptgründe für die enorm gestiegenen Lebensmittelpreise. Große Investoren wie Hedge- und Pensionsfonds und Großbanken investieren seit einigen Jahren verstärkt in die Agrarmärkte der Entwicklungsländer. Statt der

Absicherung der Nahrungsmittelproduktion geht es dabei um Spekulationsgewinne. So stieg nach neuesten Schätzungen das Kapitalvolumen, das in diesen Märkten angelegt wurde, von 2003 bis 2010 um das 60-Fache. Neuere Studien zeigen, dass ein Zusammenhang zwischen dem rasant gestiegenen Volumen und steigenden und stark schwankenden Preisen besteht. Die bisher von der Europäischen Kommission erarbeiteten Lösungsvorschläge greifen aber viel zu kurz.

Ebenso wirkt sich die Energiestrategie der EU negativ auf die Getreie-

depreise aus. Diese verfolgt das Ziel, bis zu 20 Prozent der im Verkehrssektor genutzten Kraftstoffe aus Agrarrohstoffen herzustellen. Stichwort: das E10-Benzin. Die Folge dieser Politik: Die weltweiten Nutzflächen werden nun für Lebensmittel und Biosprit gebraucht. Die Konkurrenz um Rohstoffe und Nutzflächen lässt die Preise steigen, die Ärmsten verlieren wieder. Ein Einfrieren dieser Strategie war mit der konservativen Mehrheit im Europaparlament nicht zu machen. Zusätzlich kommt es zu groß angelegten Landaneignungen in Entwicklungsländern durch ausländische Investoren. Große Agrarflächen werden von transnationalen Unternehmen gekauft oder gepachtet. Kleinbauern vor Ort werden vertrieben, verlieren somit ihre Existenzgrundlage und können meist nicht einmal ihre Familien versorgen.

Lokale Produktionskapazitäten und -infrastrukturen sind dringend nötig, um die Bevölkerung mit dem Grundlegendsten zu versorgen und Einkommen zu erwirtschaften. Die Europäische Handels- und Agrar-

politik sorgt aber dafür, dass lokale Wirtschaftsstrukturen durch direkte Konkurrenz mit europäischen Produkten vernichtet werden. Hunger- und Armutsbekämpfung werden zweitrangig.

Das Recht auf angemessene Ernährung ist ein universelles Menschenrecht, verankert in der UN-Menschenrechtscharta von 1948, ausbuchstabiert im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966. Es beinhaltet sowohl ausreichende als auch nahrhafte Nahrung, um Mangelernährung zu verhindern. Eine Milliarde Hungernde bedeutet eine Milliarde Verstöße gegen dieses grundlegende Menschenrecht – und das täglich. Als EP-Berichterstatteerin zum Thema Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern bin ich davon überzeugt, dass exzessive Spekulation durch harte Regeln verhindert werden muss. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen endlich Verantwortung für ihre Politiken übernehmen, damit die Menschenrechte auch in anderen Regionen der Welt gelten können.



Unter Experten gilt die exzessive Spekulation auf Agrarrohstoffe als einer der Hauptgründe für die enorm gestiegenen Lebensmittelpreise. Hungerkatastrophen bedrohen das Leben von Millionen von Menschen.

# Kein Fair Play im Welthandel

VON HELMUT SCHOLZ

Man könnte annehmen, hohe Preise auf dem Weltmarkt für Nahrungsmittel wären für Bauern eine gute Nachricht. Tatsächlich ist dies aber in den Entwicklungsländern nicht der Fall. Etwa 80 Prozent der Bauern dort sind Kleinstproduzenten. Was sie anbauen, reicht selten für die Ernährung der eigenen Familie. Sie sind darauf angewiesen, Nahrung hinzuzukaufen und bekommen die teuren Preise dabei direkt zu spüren. Bei

den etwas größeren und moderner produzierenden Betrieben wirkt sich negativ aus, dass auch die Preise für Dünger und andere Produktionsmittel stark gestiegen sind. Dadurch steigen ihre Produktionskosten und sie werden mehr und mehr verwundbar durch indirekt subventionierte Konkurrenzprodukte aus Europa und den USA. Auch und gerade deshalb mussten in Westafrika inzwischen viele Bauern aufgeben, Geflügel zu produzieren. Hühnerflügel und -bei-

ne gelten in der EU als »Reste« und werden sehr billig unter anderem in das relativ nahe Westafrika exportiert. Der Marktpreis sank dort unter die Kosten, zu denen ein Bauer vor Ort Hühner heranzüchten kann.

Viele ländliche Betriebe – ganz kleine bis hin zu größeren – in Entwicklungsländern produzieren speziell für den europäischen Markt, insbesondere Kaffee, Tee, Bananen und andere Südfrüchte. Verständlich bei Erzeugnissen, für die hierzulande keine Produktionschance besteht.

Immer häufiger sind sie dabei jedoch nicht mehr selbstständige Bauern, sondern arbeiten als – zumeist – schlecht bezahlte Landarbeiter auf Flächen, die von internationalen Agrarkonzernen aufgekauft wurden.

Die EU ist inzwischen weltweit der größte Absatzmarkt für Agrargüter aus Entwicklungsländern und gewährt diesen günstige Einfuhrzölle. Das gilt jedoch vor allem für Rohprodukte wie Rohkaffee. Die Verarbeitung der Produkte wie zum Beispiel das Rösten und Mahlen des Kaffees und damit die eigentliche Wertsteigerung erfolgt jedoch weiterhin in Europa. In den Entwicklungsländern landet nur ein Bruchteil des Geldes, das der Endverbraucher bezahlt. Für verarbeitete Produkte hält die EU die Einfuhrzölle weiter hoch.

Hinzu kommt, dass solche Einkaufsgiganten wie »Cargill« im Zusammenspiel mit großen Supermarktketten die Einkaufspreise diktieren können. Den Bauern wird letztlich nur ein sehr kleiner Gewinn für ihre Ernte gelassen.

Der heutige Welthandel ist für viele Bauern eher eine Gefahr als ein Segen. Um Nahrungssicherheit aufzubauen, ist daher dringend der Aufbau von lokalen und regionalen Märkten zu fördern.

Der heutige Welthandel ist für viele Bauern eher eine Gefahr als ein Segen.

Um am internationalen Handel teilhaben und auch ein gutes Einkommen erzielen zu können, sollte die Weiterverarbeitung von Nahrungsmittelgrundstoffen in den Entwicklungsländern selbst erfolgen. Die Außenhandelsstrategie der EU aber droht mit ihrem absoluten Drängen auf Marktöffnung, für EU-Produkte die Erfolge der EU-Entwicklungshilfe zu vernichten. Und das obwohl der Lissabon-Vertrag explizit die Kohärenz mit der Entwicklungspolitik vorschreibt.

Kürzlich erklärte Handelskommissar De Gucht sogar, den Beschluss zur Beendigung der EU-Exportsubventionen aufzuheben, weil sich die USA der Maßnahme nicht anschließen wollen. Aber Alternativen sind machbar, viele Initiativen vernetzen sich und auch im Europäischen Parlament kann eine starke Linke zum dringend nötigen Kurswechsel in der europäischen Politik aktiv beitragen.



Siegfried Modola/IRIN

LOKALE UND REGIONALE MÄRKTE FÖRDERN!

# Landnahme und Konflikte

VON SABINE LÖSING

Ende Oktober 2011 wurde in den Medien breit darüber berichtet, dass die Weltbevölkerung die Schwelle von 7 Milliarden Einwohnern überschritten hat. Mal mehr mal weniger offen wurde dabei die Ernährungsfrage aufgeworfen. Denn ein wesentlicher Faktor, weshalb immer mehr Menschen hungern müssen, besteht in der Aneignung von Landflächen durch externe Akteure in vielen Staaten der sogenannten Dritten Welt. Dies betrifft riesige Flächen, vor allem in Subsahara Afrika, aber auch in Lateinamerika und Südostasien, die sich ein Mix aus Agrokonzernen, Spekulanten und Regierungen unter den Nagel reißen (meist in Form einer »Pacht« von häufig 99 Jahren). Genutzt werden diese Ländereien dann zur »Fremdproduktion« von Nahrungsmitteln, zum Anbau von Rohstoffen für den Export oder für Biodiesel. Dies trägt wesentlich zur

Verknappung und Verteuerung von Nahrungsmitteln und der wachsenden Anzahl hungernder Menschen bei. Im April 2011 schätzte die »Land Deal Politics Initiative«, dass hierdurch inzwischen 80 Mio. ha Land de facto den Besitzer gewechselt haben.

Diese Form von Neokolonialismus ruft enorme Konflikte hervor: »Land ist die Grundlage der Ernährung und die Basis für Reichtum und Macht. Die Verfügungsgewalt über Land bietet Sicherheit. Veränderungen beim Landeigentum sind gleichermaßen Ausgangspunkt und Resultat von Konflikten.« (junge Welt, 18.1.2010) Immer häufiger kommt es in Ländern der sogenannten Dritten Welt zu Hungeraufständen. Dies veranlasst die »Strategen« im Westen, auch in der EU, lediglich dazu, sich darüber

Gedanken zu machen, wie solche Erhebungen am effektivsten niedergeschlagen werden können, zumindest dort, wo sie eine Gefährdung der eigenen Interessen darstellen.

Auf eine unsägliche Art und Weise ist dieses Verhalten in sich logisch: »Angesichts der Beibehaltung der gravierenden Verteilungsgerechtigkeiten und der fehlenden Bereitschaft zu einer globalen Trendwende in Richtung sozial und ökologisch verträglicher Wirtschaft ist zu erwarten, daß sich das Potential von Hungerrevolten in den Ballungsräumen des Südens verstärken wird. [...] Die herrschenden Eliten werden auch künftig darauf setzen, Unruhen mit »Sicherheitspolitik« unter Kontrolle zu bringen, wobei sich die globale Sicherheitspolitik, ähnlich wie die Landwirtschafts- und Klimapolitik in einer Sackgasse befindet.« (ebd.)

Ein grundlegendes Umsteuern tut hier dringend not. Es wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung, wenn sich die EU dafür einsetzen würde, dass ein – verbindlicher – Verhaltenskodex für eine nachhaltige Nutzung landwirtschaftlicher Flächen etabliert wird.



flickr.com/Rainforest Action Network

BIODIESEL STATT NAHRUNG (LANDRODUNG AUF BORNEO)

# Kompro-Mies

VON THOMAS HÄNDEL UND FRANK PUSKAREV

Endlich, endlich – sollten im Europäischen Parlament hochspekulative Finanzinstrumente wie CDS und Leerverkäufe strikt reguliert werden. Ein mehr als überfälliger Schritt. Nicht nur die Krise in Griechenland und anderen europäischen Staaten wurde durch solche »finanziellen Massenvernichtungswaffen« forciert. Leider steht erneut nur ein Kompromisschen zur Abstimmung. Der französische Abgeordnete Pascal Canfin hatte den Entwurf der EU-Kommission mit weitreichenden Einschränkungen dieser Instrumente verbessert. Zwar immer noch kein Verbot – aber nahe dran. Bereits im Parlament wurde Canfins Vorschlag auf Druck der Konservativen und Euroskeptiker zugunsten der Finanzindustrie verschlechtert, war aber immer noch akzeptabel. Besonders ärgerlich: Die strikte Begrenzung und bestenfalls das Verbot von Spekulationen mit Rohstoffen wurde versäumt, oder besser, verhindert. Insbesondere die Gewerkschaften, allen voran der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer aus Österreich, hatten diesbezüglich sinnvolle Vorschläge unterbreitet, die wir aufgenommen haben.

Der Widerstand innerhalb des Parlaments war hingegen immens. Infolge der zumindest in Ansätzen vorhandenen und anstehenden Regulierung der Finanzmärkte sucht sich das überschüssige Kapital einfachere und profitablere Anlagemöglichkeiten, sind doch die Profitraten exorbitant und eine Regulierung de facto nicht vorhanden. Dementsprechend massiv ist der Ansturm der Lobbyisten auf die Europaabgeordneten. Im Sinne der Kapitaleigner versuchen sie die Politik zu beeinflussen. Nach den Verhandlungen mit dem Rat der Europäischen Union steht jetzt etwas zur Abstimmung, das einem Schweizer Käse gleicht. Zu viele Ausnahmen, wenig Kontrollmöglich-

lichkeiten und langwierige Interventionsphasen für die europäischen Kontrolleure machen das Instrument nahezu wirkungslos. In der EU-Kommission und einigen Mitgliedstaaten verbreitet man weiter die Mär, hochspekulative Finanzinstrumente dienen der Wirtschaft und dürften des-

die »Freiheiten« der Finanzindustrie. Insbesondere Großbritannien mit seinem Finanzplatz London blockiert jede dringend notwendige und wirksame Lösung. Die Regierenden der europäischen Mitgliedstaaten scheinen nicht bereit, aus der Krise zu lernen.

## Die strikte Begrenzung von Spekulation mit Rohstoffen wurde versäumt.

wegen nur so schonend wie möglich reguliert werden. In Wahrheit geht es – wie der massivste Lobbyeinsatz gegen die Finanzmarktregulierung in Brüssel zeigt – um den Schutz und

Wir bleiben dabei: Die Finanzmärkte gehören entmachtet – das Primat der Politik über die Gestaltung der Gesellschaft muss (wieder) hergestellt werden.



PROTEST IN LONDON: INSBESONDERE GROSSBRITANNIEN BLOCKIERT FINANZMARKTREGULIERUNG

# FÜR EUCH IN EUROPA

## DIE LINKE im Europaparlament



AKTUELL EUROPAPARLAMENT MEDIATHEK THEMEN MAGAZIN EUROPAPART PUBLIKATIONEN

• EU in der Krise • Europa alternativ • Beiträge • Presseerklärungen • Presseschau • Termine



### DIE LINKE. IN EUROPAPARLAMENT

Gabi Zimmer

- Pressemitteilungen
- Artikel
- Reden
- Termine
- Kontakt



You Tube flickr

Aktuelle Schlagworte:

Energie Entwicklung Ernährungssicherheit EU-Haushalt Eurobonds Eurokrise Finanzkrise Frauen Umwelt

www.dielinke-europa.eu

# Mit Essen spielt man nicht!

Die EU könnte die Spekulation auf Nahrungsmittel unterbinden.

## VON JÜRGEN KLUTE UND KARSTEN PETERS

Die massiv ansteigende Spekulation auf Nahrungsmittel ist mit verantwortlich für heftige Preissprünge und steigende Preise.

Die Europäische Kommission hat im Oktober einen Vorschlag gemacht, der zumindest Ansätze für eine Beschränkung enthält.

Würde der aktuelle Vorschlag, die sogenannte Finanzmarkttrichtlinie, verabschiedet, hieße das unter anderem Positionslimits in den EU-Mitgliedstaaten, wonach einzelne Händler nur noch eine vorher festgelegte Anzahl von Produkten oder Verträgen halten dürfen, und eine stärkere Regulierung des Hochfrequenzhandels, bei dem keine Menschen, sondern Computerprogramme agieren und innerhalb von Sekundenbruchteilen Käufe und Verkäufe umsetzen. Neben diesen beiden zentralen Punkten finden sich noch einige weitere Punkte, die wesentliche Teile

der Finanzmärkte betreffen, jedoch wenig mit den Rohstoffmärkten zu tun haben.

Mit den in der Richtlinie vorgesehenen Punkten ist ein erster Schritt getan, allerdings kann die Finanzmarktlobby bereits jetzt auf Erfolge zurückblicken, sind doch die Positionslimits in ihrer jetzigen Form leicht zu umschiffen.

## Mit der sogenannten Finanzmarkttrichtlinie ist ein erster Schritt getan.

Umso wichtiger ist es, dass wir – DIE LINKE im Europäischen Parlament, DIE LINKE in Deutschland und andere Akteure wie beispielsweise Kirchen, Gewerkschaften und Bauernverbände – Druck machen. Denn im Europäischen Parlament gibt es ein starkes Interesse, Nahrungsmittel-

**Für eine scharfe Regulierung der Nahrungsmittelspekulation sind nötig:**

1. Klar formulierte Positionslimits – nicht nur für einzelne Händler, sondern für Händlerklassen.
2. Marktzugangsbeschränkungen für Finanzmarktunternehmen wie Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften.
3. Verbot von Indexfonds auf Rohstoffe und Agrarprodukte – zahlreiche Studien weisen nach, dass in erster Linie Indexfonds für die starken Preisschwankungen verantwortlich sind.
4. Verbot sogenannter Exchange Trading Products. Diese an Börsen gehandelten Finanzmarktvehikel bilden wie Indexfonds die Marktentwicklung ab. Noch ist der Anteil dieser Produkte relativ klein, er steigt aber beständig.

tspekulation zu unterbinden. Das große öffentliche Interesse zeigt zudem, dass dieses Thema die Menschen auch hier betrifft, selbst wenn schwankende Weizenpreise für das Leben der Menschen in Mitteleuropa keine große Bedeutung haben. Und nebenbei: Die Frankfurter Börse baut ihre Terminmärkte zwar aus, gegenüber Paris und London ist sie jedoch fast bedeutungslos. Jeder deutsche Anleger und jedes deutsche Unternehmen könnte bei einer separaten deutschen Regelung ohne irgendeine Einschränkung in Paris oder London handeln. Eine Regulierung in Deutschland allein macht somit keinen Sinn.

**Weiterlesen**

**Welthungerhilfe**  
Die Welthungerhilfe setzt sich für eine gesicherte Ernährung aller Menschen ein.  
[www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)

**Foodwatch**  
E-Mail-Aktion: Schreiben Sie an Ackermann – Schluss mit Wetten auf Nahrungsmittel-Preise!  
[www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

# europaROT

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen.

### Unsere Themen:

- November 2010: Freiheit statt Sicherheitswahn
- April 2011: Solidarität in Europa und in der Welt
- Juli 2011: Wirtschaftsregierung – sparen, sparen, sparen, bis nichts mehr übrig bleibt



Sie haben eine Ausgabe verpasst? Alle vorherigen Ausgaben von europaROT sowie die aktuelle Ausgabe und weitere Informationen finden Sie hier: einfach diesen Code mit Ihrem Smartphone scannen!

Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen? Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 C 005, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: [sonja.giese@europarl.europa.eu](mailto:sonja.giese@europarl.europa.eu)

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)



# Die Europäische Union für linke Inhalte nutzen

Unser Ziel ist eine Europäische Union als demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion.

## VON LOTHAR BISKY

Kaum Grund zu Optimismus: Die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise wird uns voraussichtlich Jahre, vermutlich Jahrzehnte, begleiten. Die Lasten der Spar- und Kürzungspolitik trägt eine Mehrheit – Arbeitnehmer und Arbeitslose, junge und ältere Menschen, Kranke –, während eine Minderheit noch immer Gewinne einsteckt. Der Kampf gegen den Klimawandel ist kaum mehr zu gewinnen. 200 Millionen Menschen weltweit sind arbeitslos, fast eine Milliarde leidet Hunger. Die ausreichende und gesunde Versorgung mit Lebensmitteln ist durch Preissteigerungen auf den internationalen Märkten für viele unerschwinglich, Agrargüter landen im Sprittank. Kein Krisengipfel war bislang in der Lage, auch nur Lichtblicke zu erzeugen.

Inzwischen muss man niemandem mehr erklären, dass sich solche

Probleme nicht in nationalstaatlichen Grenzen lösen lassen. Doch diese Erkenntnis scheint keineswegs auszureichen. Schaut man auf die internationale Ebene, finden sich zwar wichtige Foren und Vereinbarungen wie etwa die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und die Klimakonferenzen seit Rio. Auch die Ziele der französischen G20-Präsident-

Die EU ist ein unverzichtbares politisches Handlungsfeld. Auch für Linke.

schaft, unter anderem eine neue internationale Währungsordnung zu schaffen, mithilfe einer Finanztransaktionssteuer die Bekämpfung von Armut und Klimawandel

# Hungernde Minderheit

Roma gehören in der EU zu den Ärmsten der Armen.

## VON CORNELIA ERNST UND MANUELA KROPP

Die Roma, die größte ethnische Minderheit in der Europäischen Union, gehört in den Staaten Mittel- und Osteuropas buchstäblich zu den Ärmsten der Armen. Eine Studie der Vereinten Nationen aus dem Jahre 2003 zeigt, dass in Bulgarien und Rumänien mehr als drei Viertel aller Roma unterhalb der Armutsgrenze leben. (Avoiding the Dependency Trap, Mai 2003) Bei einer Befragung unter Roma-Familien in Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei gab ein Fünftel der Befragten an, ein bis zwei Tage im Monat nicht genügend zu essen zu haben. Jeder Siebte hat sogar täglich gegen Hunger zu kämpfen. Besonders gravierend ist die Situation in Bulgarien und Rumänien (hier macht die Gruppe der Roma zehn Prozent der Bevölkerung aus): Ungefähr ein Drittel der Roma-Kinder leidet an Hunger. Roma, die in ländlichen Gegenden leben, sind »doppelte Verlierer«. Sie sind noch

wesentlich häufiger von Hunger betroffen als Roma, die in städtischen Regionen wohnen. 2004 kam es in der ostslowakischen Stadt Levoca zu einem »Hungreraufstand«: Nach drastischen Kürzungen bei der Sozialhilfe griff im Februar eine Gruppe von 80 Roma einen Supermarkt an. Die Aktionen weiteten sich rasch auf andere Städte der Region aus. Gründe für die hohe Armutsrate sind Diskriminierung und Ausgrenzung im Bildungsbereich sowie auf dem Arbeitsmarkt. In Tschechien beispielsweise beginnt für Roma der Teufelskreis aus geringerer Bildung und Armut schon zu Beginn des Lebens: In vielen Orten werden Roma-Kinder in Sonderschulen untergebracht und erhalten so eine Schulbildung niedrigeren Standards. Amnesty International verurteilte 2010 diese menschenrechtswidrige systematische Diskriminierung und forderte die Regierung auf, die Sonderbehandlung von Roma-Kindern zu beenden. Bereits im November 2007 hatte der Europäische



AKTION VOR DEM PLENUM MIT DEN ABGEORDNETEN DER GUE/NGL

zu unterstützen oder auch gegen die ungebremsten Spekulationen mit Lebensmitteln und Rohstoffen vorzugehen, sind positiv zu vermerken. Doch die ganz praktische Umsetzung lässt aus vielerlei Gründen auf sich warten.

DIE LINKE hat sich ein neues Parteiprogramm gegeben. Dort ist die Rede von unserem Ziel einer Europäischen Union als demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion. Auch für linke Kräfte ist die Europäische Union ein unverzichtbares politisches Handlungsfeld zur Bewältigung der globalen Krisen,

für die Wahrung der Interessen der Menschen, für den sozialökologischen Umbau des Wirtschaftens, für die Lösung der globalen Herausforderungen.

Ganz einfach deshalb, weil sie vorhanden ist und Möglichkeiten bietet, müssen wir die Europäische Union nutzen. Wir müssen dabei aber dort ansetzen, wo versucht wird, die Gemeinschaft zu demokratisieren, Grundrechte zu festigen, die soziale und ökologische Orientierung auszuprägen, sie als eine Union der friedlichen Konfliktbeilegung und der solidarischen Offenheit weiterzuentwickeln.

Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt, dass Roma-Kinder in Tschechien aufgrund dieser Praxis in ihrem Recht auf Bildung verletzt würden.

Das Europäische Parlament ist aktiv geworden. Seit April 2005 hat es mehrfach Resolutionen gegen Ausgrenzung, Ungleichbehandlung und Roma-Feindlichkeit verabschiedet und die Mitgliedstaaten aufgefordert, endlich zu handeln. Dem schloss sich im April dieses Jahres die Europäische Kommission an.

Mit ihrer Roma-Strategie täuscht sie aber nur vor, Verantwortung zu übernehmen. Die Strategie ist nicht das Papier wert, auf dem sie steht. Sie enthält keine verbindlichen Vorgaben für die Mitgliedstaaten und verliert kein Wort über die tief verwurzelte Roma-Feindlichkeit, die der Grund für Ausgrenzung und Sonderbehandlung ist. Als Abgeordnete des Europäischen Parlaments bleibt uns nur, weiter Druck auszuüben und nach wie vor auf die skandalösen Zustände aufmerksam zu machen.



BLUMENVERKÄUFERIN IM ZENTRUM VON SOFIA (BULGARIEN)

# DIE LINKE. im Europaparlament

## Lothar Bisky

Vorsitzender der  
GUE/NGL Fraktion

Stellvertretender Vorsitzender  
im Ausschuss für Kultur und  
Bildung

**Ansprechpartner  
für Berlin  
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F155  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47834  
lothar.bisky@europarl.europa.eu  
www.lothar-bisky.de



## Gabi Zimmer

Sprecherin der Delegation  
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für  
Entwicklung; Stellvertreterin im  
Ausschuss für Beschäftigung  
und soziale Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin  
für Thüringen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F357  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47101  
gabriele.zimmer@europarl.europa.eu  
www.gabi-zimmer.de



## Thomas Händel

Sprecher der Delegation  
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für  
Beschäftigung und soziale An-  
gelegenheiten; Stellvertreter  
im Ausschuss für Wirtschaft  
und Währung

**Ansprechpartner für Bayern,  
Baden-Württemberg und Saarland**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F259  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45658  
thomas.haendel@europarl.europa.eu  
www.thomas-haendel.eu



## Cornelia Ernst

Mitglied im Ausschuss für bürger-  
liche Freiheiten, Justiz und Inneres;  
Stellvertreterin im Ausschuss für  
regionale Entwicklung; Stellvertre-  
terin im Ausschuss für die Rechte  
der Frau und die Gleichstellung  
der Geschlechter

**Ansprechpartnerin für Sachsen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F154  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47660  
cornelia.ernst@europarl.europa.eu  
www.cornelia-ernst.de



## Jürgen Klute

Koordinator der Linksfraktion  
im Ausschuss für Wirtschaft  
und Währung; Stellvertreter im  
Haushaltsausschuss; Mitglied im  
Sonderausschuss zu den Haus-  
haltungsprioritäten 2013–2020

**Ansprechpartner für  
Nordrhein-Westfalen und  
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F254  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47655  
juergen.klute@europarl.europa.eu  
www.juergen-klute.eu



## Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für  
auswärtige Angelegenheiten;  
Unterausschuss für Sicherheit  
und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für  
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F255  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47894  
sabine.loesing@europarl.europa.eu  
www.sabine-loesing.de



## Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für interna-  
tionalen Handel; Stellvertreter  
im Ausschuss für auswärtige  
Angelegenheiten; Ausschuss für  
konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für  
Mecklenburg-Vorpommern  
und Brandenburg**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F243  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47893  
helmut.scholz@europarl.europa.eu  
www.helmut-scholz.eu



## Sabine Wils

Mitglied im Ausschuss für  
Umweltfragen; Stellvertreterin  
im Ausschuss für Verkehr und  
Fremdenverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,  
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F247  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47644  
sabine.wils@europarl.europa.eu  
www.sabine-wils.eu



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE  
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT